

# informationen

## der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

## Schwerpunkt: Spezialisierte Opferberatung unverzichtbar

Liebe Leser\_innen,  
liebe Freund\_innen,

erst kürzlich haben Leipziger Wissenschaftler\_innen auf einen besorgniserregenden Anstieg rassistischer Einstellungen in Deutschland hingewiesen (s. Lesetipp S. 8). Um so erstaunlicher, dass die wissenschaftlichen Befunde über minderheitenfeindliche Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft offenbar wenig Einfluss auf die Diskussion um die Neuausrichtung der Bundesprogramme für Demokratie ab 2011 haben. Dort steht der untaugliche Begriff eines so genannten Extremismus und dessen Bekämpfung im Fokus (mehr dazu S. 4/5).

Die Tatsache, dass eine effektive gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus nur stattfinden kann, wenn die Perspektive der Betroffenen rechter Gewalt öffentlich wahrnehmbar und Teil der politischen, zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurse ist, wird schlicht ignoriert. Denn die Opferberatungsstellen

werden in den Leitlinien für das neue Programm kaum erwähnt. Offenbar sollen die oft unbequemen Projekte auf Abstellgleis geschoben werden, vermutlich weil sie seit nunmehr neun Jahren auch dafür sorgen, dass es zumindest in den fünf neuen Bundesländern und Berlin ein unabhängiges Monitoring über das Ausmaß rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten gibt und – wo notwendig – eine kritische Berichterstattung über Polizei und Justiz (s. S. 6).

Dass die Vorgaben aus Berlin Auswirkungen auf die Arbeit vor Ort haben, erlebt auch die Mobile Opferberatung: Nach dem Willen der politisch Verantwortlichen in Sachsen-Anhalt muss das Projekt 2011 eine halbe Personalstelle abgeben. Das Signal ist fatal: Galt bislang die Unterstützung für Betroffene politisch rechts motivierter Gewalt als Gradmesser für die Ernsthaftigkeit, mit der

die politisch Verantwortlichen die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus führen, werden die Betroffenen und ihr soziales Umfeld zunehmend alleine gelassen.

Zudem sollen alle im Rahmen des neuen Bundesprogramms geförderten Projekte ab 2011 eine „Extremismusklausel“ unterschreiben. Inzwischen erklärten mehr als 800 Unterzeichner\_innen eines online-Aufrufs – darunter auch Miteinander e.V. als Träger der Mobilen Opferberatung –, dass sie sich derartigen Vorgaben zur Bespitzelung von Kooperationspartner\_innen verweigern werden. Entgegen allen Versuchen, unsere Arbeit zu behindern, werden wir weiterhin gemeinsam mit Ihnen und euch den Betroffenen rassistischer und rechter Gewalt zur Seite stehen. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen und euch einen erfolgreichen Start ins Jahr 2011. ■

Mobile Beratung  
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt und Freund\_innen, Angehörige und Zeug\_innen.
- Wir intervenieren, wenn sich Betroffenen rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

### Halle

Platanenstr. 9; 06114 Halle  
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 94 84 13,  
0151/53 31 88 24 oder 0175/1 62 27 12  
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

### Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52  
oder 0170/2 92 53 61  
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

### Salzwedel

Chüdenstr. 4; 29410 Salzwedel  
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12  
oder 0175/6 63 87 10  
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

# Freispruch nach rassistischem Angriff in Halle

## 13. Oktober/ Kalbe/Milde (Altmark- kreis Salzwedel)

In einer Kindertagesstätte werden die Wechselsachen und Schuhe eines Zweijährigen zum Teil entwendet und andere beschädigt. U.a. wird ein Ärmel seiner Jacke so zerschnitten, dass SS-Runen erkennbar sind. Außerdem wird das Foto des Jungen sowie ein Symbol, mit dem die Kinder ihren Platz leichter erkennen sollen, vollständig zerkratzt. Später findet seine Mutter insgesamt drei Briefe mit beleidigendem und rassistischem Inhalt. In einem davon wird ihr Sohn mit dem Tode bedroht. Nachdem die Presse ausführlich über den Fall berichtet hat, wechselt die Zuständigkeit zum Staatsschutz. Kurz darauf verneint die Polizei, allein aufgrund der Aussage der Beschuldigten, öffentlich das Vorliegen einer rassistischen Tatmotivation.

**Mit einem Freispruch aus Mangel an Beweisen endete nach vier Verhandlungstagen am 19. Oktober 2010 der Prozess vor dem Amtsgericht Halle wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung gegen die heute 39- und 30-jährigen Angeklagten. Der Betroffene habe nur einen der Angreifer wiedererkannt und sich in Widersprüche bezüglich seiner Aussage bei der Polizei verwickelt, so der Richter.**

Pierre B. (Name geändert), der als Nebenkläger auftrat, reagierte mit Unverständnis auf das Urteil und fragt sich: Wozu Anzeige erstatten und ein Strafverfahren durchstehen, wenn die Täter doch ungestraft davon kommen? Der Angriff zweier Hooligans auf den damals 28-Jährigen aus Burkina Faso liegt mehr als eineinhalb Jahre zurück. Am Nachmittag des 22. Februar 2009 war er in eine Straßenbahn eingestiegen, mit ihm eine große Gruppe HFC-Fans. Als Pierre B. durch das Gedränge nach vorne ging, wurde er aus der Gruppe heraus als „Neger“ beleidigt. Ohne darauf zu reagieren stellte er sich an die Tür, um an der nächsten Station auszusteigen. Plötzlich trat ihn jemand von hinten gegen die Beine und als er sich umdrehte, schlug ihn ein weiterer Mann mit der Faust ins Gesicht. Dann schlugen und traten die Angreifer gemeinsam auf ihn ein.

### Betroffener verhindert Flucht

Damit seine Angreifer nicht unerkannt entkommen, blockierte der Betroffene als die Bahn hielt die Tür und wurde weiter attackiert. So wurde die Straßenbahnfahrerin aufmerksam und alarmierte die Polizei. Die stellte später einen ca. vier Kilogramm schweren Pflasterstein sicher, mit dem der Betroffene noch einen heftigen Schlag in den Nacken erhalten hatte. Pierre B. musste im Krankenhaus behandelt werden. Die wegen Gewalttaten und Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole polizeibekanntes Angeklagten wurden vorläufig festgenommen. Der HFC distanzierte sich nach dem Angriff in einer Mitteilung von Rassismus und Rechtsextremismus.

### Fehlende Anerkennung vor Gericht

Im Zeugenstand bemüht sich der Betroffene trotz der langen Zeit und obwohl er erst einen Tag zuvor von der Ladung erfahren hat, eine genaue Aussage zu machen. Er erkennt einen der Angreifer mit Sicherheit wieder, bei dem zweiten Angeklagten ist er sich aufgrund des veränderten Aussehens nicht mehr sicher. Er möchte nichts Falsches sagen, erinnert sich jedoch gut an den Angriff. Doch seine Aussage wird zur Tortour, immer wieder fragen Richter und Staatsanwalt nach. Der Richter spielt sogar Szenen des Angriffs nach, ohne Rücksicht auf die Gefahr einer Retraumatisierung des Betroffenen. Ihm werden Widersprüche zu seiner polizeilichen Aussage vorgeworfen. Pierre B. versucht zu erklären, dass es ihm nicht gut ging nach dem Angriff, er den Beamten vergeblich gebeten hatte aufzuhören. Dazu kamen Verständigungsprobleme mit der Dolmetscherin. „Der Tag war zuviel für mich, ich war überfordert“, schließt er. Dann hätte er ja gehen können und sich weigern, seine Aussage zu unterschreiben, entgegnet der Richter.

Auch die weiteren Verhandlungstage können nichts Wesentliches beitragen, die Zeug\_innen erinnern sich kaum noch. Zeug\_innen aus der Bahn konnten nicht vorgeladen werden, da von ihnen keine Personalien aufgenommen wurden. Am Ende bestätigt der Richter zwar den Angriff, meint aber nicht feststellen zu können, ob die Angeklagten die Täter waren. Die Staatsanwaltschaft, die für beide Angeklagte Haftstrafen wegen gefährlicher Körperverletzung beantragt hatte, geht nicht in Berufung. Somit bleibt dem Betroffenen, der das alleinige Kostenrisiko für die zweite Instanz tragen müsste, keine Chance mehr auf Gerechtigkeit. ■

Vor Gericht II:

# Mildes Urteil nach schwerem Angriff in Calbe/Saale

**Mit einem Freispruch für einen 21-Jährigen und der Verurteilung eines 18-Jährigen wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung endete am 7. September 2010 der Prozess um einen massiven rechten Gruppenangriff in Calbe/Saale vor der Jugendrichterin am Amtsgericht Schönebeck. Dem Urteil vorausgegangen war eine viertägige Hauptverhandlung mit komplizierter Beweisaufnahme.**

In der Nacht auf den 5. April 2009 waren ein 17-Jähriger mit rot-schwarz gefärbtem Irokesenschnitt und sein Begleiter in der Diskothek „Nordmann“ während einer „Ein-Euro-Party“ in Calbe/Saale zunächst unvermittelt von einem ihnen unbekanntem Jugendlichen so angerempelt worden, dass dem Freund des 17-Jährigen sein Bier runter fiel. Einige Zeit danach schlug dieselbe Person – der spätere Angeklagte – dem 17-Jährigen ins Gesicht. Da der Angreifer augenscheinlich zu einer etwa 20-köpfigen Gruppe gehörte, darunter einige äußerlich als Rechte erkennbare Jugendliche, bat der Betroffene einen Türsteher um Hilfe. Nach einem Gespräch mit der Gruppe beruhigte dieser die Betroffenen, es werde nichts mehr passieren.

## Beschimpfung und massive Schläge

Da beide die Stimmung trotzdem als angespannt wahrnahmen, verließen sie etwa zehn Minuten später die Gaststätte. Etwa 15 bis 20 junge Männer folgten ihnen. Einige aus der Gruppe stürzten sich auf den Begleiter des 17-Jährigen, schlugen auf ihn ein und schleiften ihn am Boden liegend über die Straße. Der Alternative versuchte noch zwei weitere Freund\_innen zu Hilfe zu holen, wurde aber – wie das Amtsgericht feststellte – erneut von dem späteren Angeklagten angegriffen, der ihm mehrmals ins Gesicht schlug. Währenddessen hielten ihn mehreren Personen fest. Nach einer Beschimpfung als „Scheiß Zecke“ schlug ein weiterer Angreifer mit Quarzsandhandschuhen so massiv gegen das Kinn des 17-Jährigen, dass er das Bewusstsein verlor. Am Boden liegend wurde er noch mehrfach getreten.

Als ein 18-Jähriger seinen Freunden zu Hilfe kommen wollte, wurde auch er massiv geschlagen und getreten. Erst als eine weitere Freundin hinzukam und die Angreifer anschrie, ließen sie von den Betroffenen ab. Der 17-Jährige musste u.a. mit vierfachem Kieferbruch zehn Tage stationär versorgt werden. Auf der Fahrt ins Krankenhaus verlor er immer wieder das Bewusstsein. Infolge des Angriffs musste der Schüler noch mehrere Monate behandelt werden und u.a. seine Abiturprüfung nachschreiben.

## Zeugen belasten sich selbst

Nicht nur der heute 18-jährige Angeklagte belastete in seiner Einlassung vor Gericht – in der er eine aktive Beteiligung an dem Gruppenangriff vor der Diskothek bestritt – zwei seiner Bekannten. Auch etliche weitere Zeugen, denen die Ermittlungsbehörden bisher keinen Tatbeitrag zuordnen konnten, entwickelten sich in erhebliche Widersprüche und belasteten sich dabei teilweise selbst. Daher kündigte die Staatsanwaltschaft bereits am zweiten Verhandlungstag an, Ermittlungsverfahren wegen Falschaussage und Beteiligung an dem Angriff einzuleiten.

In ihrer mündlichen Urteilsbegründung benannte die Richterin dann sogar vier der Zeugen namentlich als an dem gemeinschaftlichen Angriff Beteiligte. Obwohl sie sorgfältig alle Anhaltspunkte für eine politisch rechte Tatmotivation aufführte, sei diese nicht nachweisbar. Ebenso wie eine Tatbeteiligung des älteren der beiden Angeklagten. Der zur Tatzeit 16-Jährige wurde verwarnt und zu 50 Stunden gemeinnütziger Arbeit sowie zur Teilnahme an einem sozialen Trainingskurs verurteilt. Trotz des milden Urteils legte der Verteidiger Rechtsmittel ein, nachdem der Anwalt des Hauptbetroffenen zivilrechtliche Schritte gegen seinen Mandanten angekündigt hatte. ■

## 24.Oktober/Klötze (Altmarkkreis Salzwedel)

Bei einem nachmittäglichen Besuch des Martinimarkts mit Frau und Kind wird ein 30-jähriger Schwarzer aus einer Gruppe von fünf bis sechs Männern heraus rassistisch beleidigt. Als er fragt, was das soll, greift ihn einer der Unbekannten an. Er wehrt sich, wird aber daraufhin von mehreren gleichzeitig geschlagen und getreten, bis es einer Passantin gelingt, den Angriff zu beenden. Eine weitere Frau ruft die Polizei, die in der Folge die Personalien von drei Tatverdächtigen aufnimmt. Der Betroffene erleidet massive Verletzungen.

## 28.Oktober/Oschersleben

Am späten Nachmittag wird ein nichtrechtlicher Jugendlicher in Bahnhofsnähe von einem stadtbekanntem Rechten angesprochen. Dann holt er mit der Faust aus. Dem 17-Jährigen gelingt es, dem Schlag auszuweichen und zu flüchten. Der Rechte verfolgt den Betroffenen, der dabei sein Handy aus der Hosentasche verliert. Zeug\_innen beobachten später, wie mehrere Rechte das Telefon zerstören.

29.Oktober/  
Halberstadt

Gegen drei Uhr morgens wird ein 35-Jähriger, der direkt über seinem Bistro wohnt, aus dem Schlaf gerissen. Sein Nachbar, der zunächst von unten immer wieder „Scheiß Kanake, Scheiß Ausländer, komm raus!“ ruft, beginnt die Scheiben seines Imbisses zu zertrümmern. Nach Eintreffen der Polizei stellt der Bistrosbesitzer fest, dass fast sämtliche Scheiben seines Lokals sowie des benachbarten Versicherungsbüros zerstört wurden. Der Staatsschutz ermittelt u.a. wegen Bedrohung und Sachbeschädigung.

30.Oktober/  
Magdeburg

Kurz nach 18 Uhr wird ein 41-Jähriger auf dem Parkplatz eines Einkaufsmarktes unvermittelt von einem Unbekannten angepöbelt und u.a. rassistisch beleidigt. Dann entfernt sich der Mann. Kurz darauf trifft der Betroffene, diesmal in Begleitung seines 11-jährigen Sohnes, erneut auf den Unbekannten, der mit mehreren Männern zusammensteht. Der Betroffene wird aus der Gruppe heraus angegriffen. Schließlich gelingt es ihm, sich zu befreien. Eine Zeugin ruft die Polizei, die noch am Tatort die Personalien der Gruppe aufnimmt. Der 41-Jährige erleidet u.a. mehrere Hämatome und eine Muskelzerrung.

# Engagement am staatlichen Gängelband

## Interview mit Dr. Roland Roth

**Dr. Roland Roth, Professor für Politikwissenschaft an der Hochschule Magdeburg-Stendal und Mitglied im Beirat der Mobilien Opferberatung bescheinigt der Neuausrichtung der „Bundesprogramme zur Extremismusprävention“ eine „folgenreiche Realitätsverleugnung“.**

**Herr Roth, Sie gehören zu den Kritiker\_innen der Neuausrichtung der Bundesprogramme. Was kritisieren Sie konkret?**

Zunächst ist sie dadurch gekennzeichnet, dass die Tendenz zur Verstaatlichung deutlich verstärkt wird, indem zivilgesellschaftliche Akteure eigentlich keine Rolle mehr spielen. Stattdessen werden die größeren Organisationen und auf kommunaler Ebene die Verwaltungen als zentrale Steuerungsgremien bestätigt. Damit wird die ursprüngliche Intention, Zivilgesellschaft zu stärken, zu einer staatlichen Auftragsangelegenheit. Zudem gab es ja in der Vergangenheit immer wieder Auseinandersetzungen um das politische Profil der geförderten Programme. Durch die neu belebte Extremismusdebatte zeichnet sich ab, dass bei der neuen Runde alle, die sich beteiligen wollen, eine Erklärung unterschreiben müssen, in der sie sich auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung (kurz: fdGO) verpflichten, eine Formel, die wir aus den Zeiten der Berufsverbote kennen. Durch diesen Bekenntniszwang wird eine Kategorie von Schmuddelkindern geschaffen, die mit „Antifa“ oder anderen Etiketten belegt werden und die künftig nicht mehr – zumindest nicht im Rahmen der Programme – mitmachen dürfen. Ein solches Demokratieverständnis verharrt im Grunde in den Gräben der 1950er Jahre: Antikommunismus hier, Antikapitalismus dort... Dabei wird nicht berücksichtigt, dass wir es heute mit einer lebendigen Zivilgesellschaft zu tun haben, die sich nicht von den jeweiligen Innenministern und nachgeordneten Verfassungsschutzbehörden vorschreiben lässt, mit wem und in welcher Form sie politisch aktiv wird.

**In einer kürzlich von Ihnen und weiteren renommierten Professor\_innen veröffentlichten Erklärung haben Sie die neue Schwerpunktsetzung auf Extremismusbekämpfung als „folgenreiche Realitätsverleugnung“ bezeichnet. Welche Gefahren sehen Sie?**

Die Hauptgefahr besteht darin, dass im Zuge dieser Ausgewogenheit die lokalen Gruppen und Akteure, die sich gegen Rechtsextremismus gebildet haben und die oft diejenigen waren, die Bürgermeister\_innen und Kommunalverwaltungen veranlasst haben, etwas zu tun, jetzt unter Extremismusverdacht geraten und ausgegrenzt werden. Zudem spielen gerade in den neuen Bundesländern und vor allem auch in den ländlichen Bereichen sowohl der beschworene Linksextremismus wie auch der islamistische Fundamentalismus überhaupt keine Rolle. Damit könnte das Programm die Gegenwehr gegen Rechtsextremismus schwächen, also das Gegenteil von dem erreichen, was es vorgibt zu wollen.

**In Pirna hat dieser neue Bekenntniszwang dazu geführt, dass der Verein AKuBiZ einen Demokratiepreis abgelehnt und sich geweigert hat, die fdGO-Formel zu unterschreiben. Dabei wurde in Kauf genommen, auf das Preisgeld von 10.000 Euro zu verzichten.**

Die Geschichte ist ja zum Glück weitergegangen. Die Pirnaer Initiative hat von einem Stifter aus dem Umfeld der Amadeo-Antonio-Stiftung das Preisgeld erstattet bekommen, weil er ihre Haltung sehr unterstützenswert fand. Pikant an dieser Erklärung, die sie unterschreiben sollten und die wohl auch weiter verwendet werden soll, ist ja nicht nur, dass man unterzeichnen muss, selbst der fdGO treu zu sein, sondern sich dazu verpflichtet, seine Kooperationspartner\_innen entsprechend immer wieder zu überprüfen. Das ist eine absurde und völlig überzogene Aufforderung zur Spitzelei und verlangt genau die Mentalität, die im Verfassungsschutz (VS) herrscht, der sich ja dadurch



Am späten Nachmittag wird ein Punk von zwei stadtbekanntem Neonazis angegriffen. Der 16-Jährige läuft am Ende eines Stadtspaziergangs aus Protest gegen die Räumung des soziokulturellen Zentrums Alge e.V. mit, als die Rechten sich unbemerkt von hinten nähern und ihn zu Boden schlagen. Durch den Einsatz von Pfefferspray gelingt es ihm, die körperlich überlegenen Angreifer abzuwehren, die mit einem PKW flüchten. Etwa eine halbe Stunde später fahren mehrere Autos am Bahnhof vor, wo sich zu diesem Zeitpunkt noch einige Alternative aufhalten. Als aus den PKWs, darunter das Fahrzeug der vorherigen Angreifer, mehrere u.a. mit Knüppeln bewaffnete Rechte herauspringen und auf die Gruppe zurennen flüchten die Alternativen. Die Rechten verfolgen die Betroffenen, die schließlich entkommen und die Polizei alarmieren können. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt.

auszeichnet, dass er häufig mit der Methode der Verdachtskaskade arbeitet. Das heißt, Projekte machen sich verdächtig, wenn sie mit Leuten zusammenarbeiten oder gemeinsam auf Veranstaltungen sind, die im VS-Bericht als linksradikal oder wie auch immer erwähnt werden. In zahlreichen Fällen konnten zwar Betroffene erfolgreich gegen ihre Erwähnung in diesen Berichten klagen, aber ihr Ruf war erst mal ruiniert.

### **Was wären angesichts aktueller Studien zur Zunahme extrem rechter Einstellungen und anhaltender rechter Gewalttaten aus Ihrer Sicht notwendige Zeichen und Maßnahmen von Seiten der Bundesregierung und der Landesregierungen?**

Ich habe ja im Sommer eine Studie vorgelegt, in der ich die Rahmenbedingungen eines Programms skizzierte, in dem es tatsächlich um die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus geht. Der erste Punkt ist, dass wir von einer projektorientierten Förderung hin zu einer dauerhaften Unterstützung von Einrichtungen und Institutionen kommen müssen, die sich bewährt haben, das sind vor allem Opferberatungen und Mobile Beratungsteams. Der zweite Punkt, der mir noch wichtiger ist, die Regelinstitutionen wie Schule und Kindergärten müssen es zu ihrer Aufgabe machen, sich mit Demokratie und Bürgerbeteiligung auseinanderzusetzen. Es hilft nichts, dazu einmal im Jahr einen Projekttag zu machen, der das Thema demokratische politische Kultur beschwört. Es braucht eine demokratische Alltagskultur, die als wirksamste Prävention gegen rechtsextremes Gedankengut gelten kann. Hier fehlen entsprechende dauerhafte Programme.

### **Konkret zu den Beratungsprojekten: Manche Kritiker\_innen werfen den Projekten mangelnde Professionalität vor. Teilen Sie diese Kritik?**

Die Frage ist doch, was heißt Professionalität? Soweit ich dieses Feld kenne und beobachte, ist es so, dass man sich intern sehr wohl darü-

ber verständigt hat, was professionelle Standards sind. Ob sie immer und in jedem Einzelfall erfüllt werden, das ist in diesem Feld wie im Leben überhaupt eine andere Frage. Sicher kann man über die Radikalität in der Parteinahme für die Opfer streiten, aber für mich ist das eine politische und keine Frage der Professionalität.

### **Wie beurteilen Sie selbst die Arbeit der Projekte? Was sind aus Ihrer Sicht zentrale Erfolge?**

Mein Eindruck ist, dass gerade die Opferberatungen im direkten Unterstützen von Betroffenen rechter Gewalt eine gute Arbeit leisten, auch mit Blick auf Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte. Dass es dabei zu Konflikten kommt, scheint mir unvermeidlich und produktiv. Leider kommt aber oft die Öffentlichkeitsarbeit zu kurz, in der Projekte auch die Verhältnisse benennen und kritisieren, in denen es zu solchen Formen von Gewalt kommt. Ich würde mir wünschen, dass aus diesen Projekten ein lautstarker und selbstbewusster Widerstand gegen die Umformung der Programme kommt. Leider sind das immer noch zu Wenige und die Kritik ist noch zu leise. Es genügt nicht, in guter Kleinarbeit das Schlimmste zu verhindern oder auch Gutes zu entwickeln, sondern die Projekte sollten sich mit ihren besonderen Erfahrungen in die öffentlichen Debatte einbringen. Es gibt ja genügend unsägliche, aber einflussreiche Wortmeldungen, die in der rechtsextremen Szene eher als Ermutigung begriffen werden. Besonders deprimierend ist ja nicht nur die Millionenaufgabe, sondern auch die öffentliche Unterstützung für Sarrazins obskures Buch, vor allem die Weigerung anzuerkennen, dass wir es dabei mit blankem Rassismus zu tun haben.

### **Vielen Dank für das Gespräch!**

*Eine Langfassung des Interviews finden Sie unter [www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de).*

Vor Ort:

# Organisierte Neonaziangriffe in Genthin

## Spendenaufruf

In der Nacht vom 28. auf den 29. Oktober 2010 verübten Unbekannte einen Buttersäureanschlag auf einen Irish Pub in Genthin, wo am darauffolgenden Tag eine Halloweenparty stattfinden sollte. Das Lokal war aufgrund seines alternativen Publikums bereits mehrfach ins Visier der organisierten rechten Szene geraten. Durch den Buttersäureangriff entstand ein Sachschaden in Höhe von mindestens 850 Euro, der sich aus Schäden an Inventar, Fenster und Spezialreinigungsmitteln zusammensetzt. Zusätzlich trägt die Betreiberin ihren Verdienstausschlag. Für die Sachschäden bitten wir um Spenden auf das Konto des Opferfonds von Miteinander e.V. unter dem Stichwort „Genthin“. Wir bedanken uns bereits jetzt bei allen Spender\_innen sehr herzlich!

Empfänger: Miteinander e.V.  
Konto: 53 53 53  
BLZ: 810 205 00 Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg  
Stichwort: **Genthin**

Alle Spenden sind steuerlich absetzbar. Sollten mehr Spenden eingehen als zur Deckung des Schadens benötigt werden, kommen diese über den Opferfonds Betroffenen anderer rechter Angriffe zugute.

**Bereits seit etlichen Jahren konzentrieren sich die Aktivitäten organisierter Neonazis im Landkreis Jerichower Land neben Burg auch auf die 15.000 Einwohner\_innengemeinde Genthin. Allein im November diesen Jahres kam es zu vermehrten Neonazisprühereien, einer rassistischen Beleidigung vor einer Diskothek sowie Postwurfsendungen der NPD.**

Im Oktober vergangenen Jahres wurden mehrere alternative Jugendliche auf dem Marktplatz unvermittelt von Vermummten mit Baseballschlägern angegriffen. 2008 und 2009 fanden verschiedene Neonazikonzerte – teils mit mehreren hundert Gästen – in einer Genthiner Tanzbar statt. Zuletzt im Juni 2008 demonstrierten ca. 300 Neonazis nach einem Aufruf der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) für ein „nationales Jugendzentrum“, nachdem ein überregional bekannter Neonazitreffpunkt in Genthin nach Kündigung des Mietvertrags endlich geschlossen worden war. Auch 2010 gab es mehrere Angriffe von Neonazis.

### Angriff an Halloween

So auch am 30. Oktober. Als an diesem Abend eine Halloweenparty in Genthin angegriffen wurde, waren die Gäste bereits vorgewarnt: Am Vortag war der auch von Alternativen besuchte Irish Pub, in dem die Party stattfinden sollte, mit Buttersäure angegriffen worden. Die Party wurde in ein benachbartes Lokal ausgelagert. Gegen 21:30 Uhr stürmten zehn bis zwölf teils vermummte und bewaffnete Rechte Parolen brüllend auf das Lokal zu. Einige vor der Tür stehende Gäste wehrten zunächst den zuvorderst Laufenden ab, wurden jedoch aus den Reihen der Nachrückenden – teilweise mit Quarzsandhandschuhen – geschlagen. Ein Gast wurde von fünf bis sechs Angreifern auf den Boden gezogen, gegen den Kopf geschlagen und getreten, ein anderer mit einem Messer bedroht. Besucherinnen wurden als „Judenschlampen“ beschimpft. Drei der Betroffenen trugen u. a. eine Zahnverletzung, eine Rippenprellung sowie Kopfplatzwunden

davon. Die von Betroffenen herbeigerufene Polizei trennt vor Ort lediglich die Gruppen, nimmt aber keine Festnahmen vor.

Später am Abend folgte ein weiterer Angriff, als einer der Partygäste auf seinem Heimweg angegriffen wurde. Plötzlich bemerkt der 22-Jährige, dass ihm eine Gruppe von 15 bis 20 schwarz gekleideten Personen entgegen kommt: „Es war wie eine schwarze Front“, beschreibt er den Moment. Er habe sich umgedreht und sei gerannt, bis einige der Angreifer ihn gestellt hätten. Sofort sei er massiv geschlagen und getreten worden, bis er durch eine gläserne Haustür gefallen sei. Aufgrund der Schläge gegen den Kopf leidet er unter Gedächtnislücken, beim Sturz zog er sich Schnittwunden zu. Alarmiert durch den Lärm der zerberstenden Scheibe eilten ihm zwei Freunde zu Hilfe, die ebenfalls angegriffen wurden.

### Versicherung zahlt nicht

Bereits 2009 war der Pub während der Halloweenparty mit Flaschenwürfen angegriffen worden. Die Betreiberin neigt nicht zu Dramatisierungen. Dennoch ist sie alarmiert, denn kurze Zeit nach dem erneuten Angriff kursierte ein offenbar selbstproduziertes Lied, in dem damit gedroht wurde, den Irish-Pub abzubrennen. Zu dem Buttersäure-Anschlag sagt sie: „Das war schon krass, als wir hier morgens reinkamen und das gerochen haben.“ Fast genauso sehr wie der Angriff selbst ärgert sie, dass die Versicherung für den Schaden nicht aufkommen will, obwohl sie Vandalismusschäden explizit mitversichert hat. „Ich hätte beim Vertragsabschluss eine Extraklausel für Säureangriffe einfordern müssen. Wer kommt denn auf sowas?“. Nicht nur die Sach- und Reinigungskosten, sondern auch ihren Verdienstausschlag muss sie nun selber tragen. ■

# Im Mittelpunkt: Die Perspektive der Betroffenen

**Die Bilanz ist erschreckend: Zwei bis drei politisch rechts, rassistisch oder antisemitisch motivierte Gewalttaten ereignen sich täglich in Deutschland. Hunderte – alternative Jugendliche, Punks, schwarze Deutsche, Obdachlose und sozial Randständige, Migrant\_innen, Homosexuelle – werden jedes Jahr in Ost- und Westdeutschland angegriffen und zum Teil erheblich verletzt. Seit 1990 starben mindestens 137 Menschen infolge von politisch rechts motivierten Gewalttaten. Und ein Ende ist nicht in Sicht. Dabei ist es manchmal nur glücklichen Zufällen zu verdanken, dass die Angriffe keine tödlichen Konsequenzen haben, wie etwa der brutale Überfall auf alternative Jugendliche in Merseburg in diesem Sommer.**

Viele Betroffene politisch rechts und rassistisch motivierter Gewalt wenden sich nicht von sich aus an Opferberatungsstellen. Diese Erkenntnis und die Tatsache, dass sich politisch rechts motivierte Gewalttaten gegen Individuen richten, die stellvertretend für eine ganze gesellschaftliche Gruppe angegriffen werden, hat die rot-grüne Bundesregierung im Jahr 2001 bewogen, den Aufbau von spezialisierten Beratungsprojekten für Betroffene politisch rechts motivierter Gewalt in den fünf neuen Bundesländern und Berlin zu fördern.

## Spezifik rechter Gewalt

Die staatliche Förderung war auch Ausdruck dafür, dass es angesichts der NS-Geschichte eine besondere Verantwortung für den Schutz derjenigen gesellschaftlichen Minderheiten gibt, denen im extrem rechten Weltbild das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das Existenzrecht abgesprochen wird. Dieser wichtige politische Paradigmenwechsel wird mit der Neuausrichtung der Bundesprogramme ab 2011 unter schwarz-gelb – u.a. mit Rückgriff auf einen verharmlosenden Extremismusbegriff – relativiert und aufgeweicht.

Insbesondere die Beratung und Unterstützung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalttaten muss den gesellschaft-

lichen und politischen Kontext mit einbeziehen, in dem die Gewalttat stattfindet. Eine Anerkennung der Tatmotivation sowie Solidarität durch das gesellschaftliche Umfeld oder die Verweigerung einer öffentlichen Solidarisierung tragen entscheidend dazu bei, ob Betroffene das Erlebte verarbeiten können oder sich alleine gelassen und schutzlos fühlen. Neben einer parteilichen, niedrigschweligen, aufsuchenden und immer kostenlosen Unterstützung und Beratung für die Betroffenen bedeutet dies auch, dass die Mobile Opferberatung auf Wunsch und nach Absprache mit den Betroffenen lokale Solidarisierungsprozesse initiiert.

## Hilfe zur Selbstermächtigung

In den vergangenen neun Jahren hat die Mobile Opferberatung weit über eintausend Betroffene und ihr soziales Umfeld beraten und unterstützt. Ein Beispiel aus den vergangenen Monaten für die Notwendigkeit dieses spezifischen Angebots ist die Unterstützung für die Familie in Leuna, deren Obst- und Gemüsegeschäft im Juni 2010 Ziel eines versuchten Brandanschlags durch organisierte Rechte wurde. Nach Intervention der Mobilen Opferberatung und Veröffentlichung eines Spendenaufrufs haben die Betroffenen vor Ort und überregional Anteilnahme und praktische Unterstützung erfahren. Und den Tätern und ihrem Umfeld wurde damit signalisiert, dass sich die Intention ihres Angriffs ins Gegenteil verkehrt.

Deutlich wird dabei auch der Leitgedanke der Mobilen Opferberatung: Hilfe zur Selbstermächtigung für die Betroffenen und deren Umfeld sowie die Erweiterung der gesellschaftlichen Diskussion über rechte Gewalt um die Perspektive der Betroffenen, um somit langfristig dazu beizutragen, rechte, rassistische und antisemitische Angriffe zu verhindern. ■

## 14. November/ Bad Kösen (Burgenlandkreis)

Auf der Tanzfläche einer Diskothek kommt nach Mitternacht ein Unbekannter direkt auf einen 20-jährigen Alternativen zu und versetzt ihm unvermittelt einen Kopfstoß. Auf die Frage nach dem Grund entgegnet der Angreifer „Weil du links bist!“. In einem anderen Teil der Disko werden der Alternative und seine Freunde später von ca. fünf Personen aus der Gruppe des Angreifers attackiert. Kurze Zeit später verlässt der Betroffene mit seinen Begleitern das Lokal. Draußen werden sie vor den Augen des Sicherheitsdienstes – der trotz Bitte um Hilfe nicht eingreift – erneut von der Gruppe angegriffen. Insgesamt werden vier Betroffene verletzt.

## 14. November/ Kalbe/Milde (Altmarkkreis Salzwedel)

Gegen 1:30 Uhr werden mehrere Linke nach einer verbalen Auseinandersetzung von einer Gruppe Rechter angegriffen. Dabei skandiert einer von ihnen den sog. Hitlergruß. Zwei 21- und 22-jährige Männer werden bei dem Angriff leicht verletzt. Der Staatsschutz ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole.

## Auf der Website:

[www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de) finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

Lesetipp:

## „Die Mitte in der Krise“

Seit 2002 untersucht die Friedrich-Ebert-Stiftung die Verbreitung und Ursachen rechtsextremer Einstellungen in der deutschen Gesellschaft. In der jetzt vorliegenden 5. Studie haben die Autor\_innen ein besonderes Augenmerk auf die Finanzkrise gelegt und gefragt, ob diese Auswirkungen auf rechtsextreme Haltungen hat. Die Ergebnisse legen einen Zusammenhang nahe.

So weist die repräsentative Untersuchung einen besorgniserregenden Anstieg antidemokratischer, rassistischer und chauvinistischer Einstellungen sowie eine leichte Zunahme sozialdarwinistischer Ungleichwertigkeitsvorstellungen nach. Jede\_r vierte Deutsche wünscht sich „eine starke Partei“, die die „Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. Der Trend, dass seit 2002 immer weniger Deutsche eine Diktatur befürworten, habe sich umgekehrt. Wohlstand habe dabei die Funktion einer „narzisstischen Plombe“. Sei dieser subjektiv gefährdet, wüchsen diskriminierende Einstellungen.

Insgesamt kommen die Autor\_innen zu dem Schluss, dass bei einem großen Anteil der deutschen Bevölkerung – unabhängig von tagesaktuellen Einflüssen – von einem verfestigten rechtsextremen Denken ausgegangen werden muss. Gleichzeitig konstatieren sie, dass Demokratie von vielen Bürger\_innen nicht mit Leben gefüllt werden könne. Dringend notwendig sei deshalb u.a. „eine ernst gemeinte und tief greifende Demokratisierung gesellschaftlicher Institutionen“.

*Oliver Decker u.a. (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Hrsg: Friedrich-Ebert-Stiftung u.a., herunterzuladen auf <http://library.fes.de/pdf-files/do/07504.pdf> ■*

## Dank an Unterstützer\_innen

Im August 2010 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Aliou D., der Ende Mai 2008 Opfer eines schweren rassistischen Angriffs in Burg wurde, ein Bleiberecht aus humanitären Gründen gewährt. Somit konnte sich Aliou D., der infolge des Angriffs an einer Posttraumatischen Belastungsstörung leidet, endlich eigenen Wohnraum suchen und ist Anfang Dezember umgezogen. Ohne akute Angst vor Abschiebung und die zusätzlichen psychischen Belastungen durch die Unterbringung in einer Sammelunterkunft kann der 29-Jährige endlich seine Zukunft selbstbestimmt gestalten. Ohne die große öffentliche Anteilnahme und anhaltende praktische Solidarität durch zahlreiche Unterstützer\_innen, die sich für eine Umverteilung Aliou D.s nach Magdeburg eingesetzt und über Monate einen Rückzugsraum für ihn finanziert haben (siehe Informationen Nr. 26), wäre all dies nicht möglich gewesen. Deshalb möchten wir uns im Namen von Aliou D. herzlich bei allen bedanken, die ihm während seines mehr als zweijährigen Kampfes um einen gesicherten Aufenthalt praktisch und politisch den Rücken gestärkt haben. ■

## Über diesen Newsletter:

Die „Informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen vier Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „Informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn ihr/Sie die „Informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung  
Erich-Weinert-Str. 30  
39104 Magdeburg  
[opferberatung.mitte@miteinander-ev.de](mailto:opferberatung.mitte@miteinander-ev.de)  
Telefon: 0391/5 44 67 10  
Fax: 0391/5 44 67 11

## Unbürokratische Hilfe:

Unbürokratische Hilfe für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt stellt der „Opferfonds für Betroffene fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt in Sachsen-Anhalt“ bei Miteinander e.V. zur Verfügung, der anlässlich des rassistischen Mordes an Alberto Adriano in Dessau im Juni 2000 ins Leben gerufen wurde. Seitdem erhielten über zweihundert Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen. Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir Ihre Hilfe. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Konto:  
Miteinander e.V.  
Stichwort: Opferfonds  
Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg  
Konto-Nr.: 53 53 53, BLZ: 810 205 00

## Impressum

### Herausgeber:

Mobile Beratung für  
Opfer rechter Gewalt  
Erich-Weinert-Str. 30  
39104 Magdeburg  
Telefon: 0391/5 44 67 10  
Fax: 0391/5 44 67 11  
[opferberatung.mitte@miteinander-ev.de](mailto:opferberatung.mitte@miteinander-ev.de)  
[www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de)

### Redaktion:

Zissi Saueremann (V.i.S.d.P.),  
Haidy Damm

**Gestaltung:** [www.ftmh.de](http://www.ftmh.de)

getragen von:



Miteinander  
Netzwerk für Demokratie und  
Welfofshalt in Sachsen-Anhalt e.V.

gefördert durch:



mit Mitteln des Landes

